



Amt der Wiener Landesregierung

Dienststelle: Magistratsdirektion
Geschäftsbereich Recht
Verfassungsdienst und
EU-Angelegenheiten

Adresse: 1082 Wien, Rathaus
Telefon: 4000-82318
Telefax: 4000-99-82310
e-mail: post@md-v.wien.gv.at
DVR: 0000191

MD-VD - 1354/09

Wien, 29. Oktober 2009

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit
dem das IVF-Gesetz geändert wird
(IVF-Fonds-Gesetz-Novelle 2010);
Begutachtung;
Stellungnahme

zu BMG-94050/0045-I/B/6/2009

An das

Bundesministerium für Gesundheit

Zu dem mit Schreiben vom 12. Oktober 2009 übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes wird nach Anhörung des Unabhängigen Verwaltungssenates Wien wie folgt Stellung genommen:

Zu § 5 Abs. 3:

Nach § 19 des Fortpflanzungsmedizingesetzes - FMedG haben die ärztlichen Leiter der Krankenanstalten, in denen medizinisch unterstützte Fortpflanzungen durchgeführt

werden, dem Landeshauptmann über ihre diesbezüglichen Tätigkeiten und Erfahrungen im vorangegangenen Kalenderjahr zu berichten.

Es wird vorgeschlagen, als weitere ausdrückliche Voraussetzung für einen Vertrag nach § 5 Abs. 1 auch das Vorliegen einer ordnungsgemäßen Meldung nach § 19 FMedG zu normieren.

Zu § 5a:

Nach § 2 Abs. 11 des Arzneimittelgesetzes fällt die „Abgabe“ von Arzneimitteln (ebenso wie das Vorrätighalten und das Feilhalten) unter „In-Verkehr-Bringen“ von Arzneimitteln.

Bei dem im Entwurf vorgesehenen Begriff „Abgeben“ handelt es sich wohl eher um eine „Mitgabe“, also die Überlassung geringer Mengen eines Arzneimittels zur Selbsteinnahme in unmittelbarem Zusammenhang mit der Behandlung. Diese Überlassung zählt noch zur „Anwendung“ eines Arzneimittels und nicht zur „Abgabe“ (vgl. Ko-petzki „Ärztlicher Notapparat“ und „Ordinationsbedarf“ Rechtsfragen der Arzneimittelabgabe durch und an Ärzte Sonderheft, Gmundner Medizinrechtskongress 2008“, RdM 2009/41). Es wird daher aus Rechtssicherheitsgründen vorgeschlagen, eine entsprechende terminologische Anpassung durchzuführen.

Für den Landesamtsdirektor:

Mag. Jürgen Fischer

Mag. Andrea Mader
Senatsrätin

- 3 -

Ergeht an:

1. Präsidium des Nationalrates

2. alle Ämter der Landes-
regierungen

3. Verbindungsstelle der
Bundesländer

4. MA 5
(zu MA 5 - 5940/09)

mit dem Ersuchen um Weiter-
leitung an die einbezogenen
Dienststellen